

„Das Wohl der Gesellschaft bemisst sich am Schicksal der Schwachen“

Landessynode verabschiedet Impulspapier zur Wirtschaftsethik in der Finanzkrise

Das Wohl einer Gesellschaft bemisst sich am Schicksal der Schwachen, so ein Impulspapier der bayerischen Landessynode, das heute im Rahmen der Synodaltagung in Aschaffenburg einstimmig angenommen wurde. Die politisch Verantwortlichen werden aufgefordert, die Soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln in Richtung eines qualitativen, ökologisch verträglichen Wachstums. Staat und Steuern dürften nicht „schlecht geredet“ werden, sie bildeten eine „wichtige Grundlage für die Organisation des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft“ betont das Papier.

Die Wirtschaft wird aufgefordert, die Würde des Menschen im Blick zu behalten, der Mensch dürfe im Arbeitsleben „nie allein Mittel zum Zweck“ sein.

Selbstkritisch werden kirchliche und diakonische Einrichtungen aufgefordert, „als Arbeitgeber, Investoren und Immobilienbesitzer“ ständig zu prüfen, „ob sie den eigenen ethischen Maßstäben gerecht werden“. Kirchengemeinden sollten verstärkt in ihrer Seelsorge die besonderen Belastungen von Arbeitnehmern, Arbeitssuchenden und Unternehmern wahrnehmen und Themen der Arbeitswelt in Predigten und Andachten aufgreifen.

Der Text des Impulspapiers im Wortlaut:

Heilung in der Krise

Synodales Impulspapier zur Wirtschaftsethik in der Finanzkrise

Dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte und deine Heilung wird schnell voranschreiten und deine Gerechtigkeit wird vor dir hergehen und die Herrlichkeit des Herrn wird deinen Zug beschließen. (Jesaja 58, 8)

Dieses Wort aus dem Buch des Propheten Jesaja ist für uns in Zeiten der Wirtschaftskrise Trost und Auftrag: Trost, weil es uns als Christinnen und Christen Hoffnung für die Zukunft schenkt; Auftrag, weil es uns Orientierung für neues Denken und neues Handeln gibt. Für Gerechtigkeit in der Bewältigung der Krise einzutreten heißt, eine Perspektive zu eröffnen, in der das Wohl der Gesellschaft sich am Schicksal der Schwachen bemisst. Deswegen sehen wir mit Sorge, wie gerade die Schwächsten unter den Folgen der Krise leiden. Viele Menschen bangen um ihren Arbeitsplatz. Leiharbeiter waren die ersten, die ihre Stelle verloren. Immer mehr Menschen können vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben; das Armutsrisiko steigt – auch im reichen Bayern.

Im EKD-Wort „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ (2009) heißt es: „Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung wird in ihren Fundamenten beschädigt, wenn der erwirtschaftete Wohlstand nicht zum Motor des sozialen Ausgleichs wird.“ Auch die bayerische Verfassung fordert Gerechtigkeit ein: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ (Art.151,1 Bayerische Verfassung).

Für die Politik gilt daher:

- Die Soziale Marktwirtschaft ist nachhaltig weiter zu entwickeln. Dazu braucht es auch einen neuen Begriff von Wachstum – nötig ist qualitatives, ökologisch verträgliches Wachstum.
- Maßstab jeder Politik muss die gerechte Teilhabe aller sein.
- Die sozialen Sicherungssysteme müssen gerade in der Krise ihrer Aufgabe gerecht werden, Solidarität zu gewährleisten. Die Folgen der Krise dürfen nicht durch Abbau von Sozialleistungen kompensiert werden.
- Staat und Steuern dürfen nicht schlecht geredet werden: Sie sind eine wichtige Grundlage für die Organisation des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft.
- Das Verursacherprinzip muss auch für die Bewältigung der Finanzkrise gelten. Deswegen müssen die Lasten vor allem von denen getragen werden, die von den Spekulationen an den Finanzmärkten besonders profitiert haben.
- Wir brauchen robuste Regeln für die Finanzmärkte.
- Es kann nicht angehen, dass die Ärmsten der Armen weltweit am schlimmsten von den Folgen der Krise betroffen sind.

Für die Wirtschaft gilt:

- Freiheit bedeutet immer auch Verantwortung. Der Mensch darf auch im Arbeitsleben nie allein Mittel zum Zweck sein; seine Würde muss im Blick bleiben.
- Gefragt sind Fairness und Respekt im Umgang mit Mitarbeitenden und Geschäftspartnern.
- Unternehmerisches Handeln steht im Horizont global verpflichteter ökologischer Verantwortung.
- Nachhaltiges Wirtschaften muss Vorrang vor kurzfristigem Profit haben.

Für uns als Kirche gilt, was schon 1997 im gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ festgehalten wurde: „Die Kirchen können nicht Maßstäbe des wirtschaftlichen Handelns formulieren und öffentlich vertreten, ohne sie auch an sich selbst und das eigene wirtschaftliche Handeln anzulegen. Mit Recht wird dies als eine Frage der Glaubwürdigkeit angesehen.“

Daraus folgt:

- Kirche und Diakonie müssen sich als Arbeitgeber, Investoren und Immobilienbesitzer ständig prüfen, ob sie den eigenen ethischen Maßstäben gerecht werden.
- Unabhängig davon sind wir als Kirche aufgerufen, die Orientierungen unserer

christlichen Ethik in die Debatte einzubringen und auf Fehlentwicklungen hinzuweisen.

- Kirche kann und soll dem Trend zur immer stärkeren Ökonomisierung der Gesellschaft entgegentreten. Dabei spielt der arbeitsfreie Sonntag eine zentrale Rolle. Die Wiedereinführung des Buß- und Bettags als gesetzlicher Feiertag bietet die Chance zum Innehalten und zur Umkehr. So kann „Heilung“ voranschreiten und „Licht in der Finsternis aufgehen“.

In der Krise suchen viele nach Orientierung; dabei kommt der Kirche mit ihren ethischen Maßstäben, ihrem seelsorgerischen Auftrag und ihren sozialen Beratungsangeboten zunehmende Bedeutung zu. Es gehört zu ihren vordringlichen Aufgaben, insbesondere die Lebenswirklichkeit der Schwächsten wahrzunehmen, ihnen zuzuhören und sie nach Kräften zu unterstützen. Daneben dürfen gerade in der Krise Unternehmerinnen und Unternehmer mit ihren oft schwierigen Entscheidungen nicht aus dem Blick geraten. Viele von ihnen, darunter nicht zuletzt auch etliche Mitglieder unserer Kirche, nehmen jetzt ethische Orientierungen ernst und praktizieren gelebte Sozialpartnerschaft; sie gilt es in ihrer Vorbildfunktion zu ermutigen und zu bestärken.

Um mehr Brücken zum Wirtschaftsleben zu schlagen, regen wir an, dass die Gemeinden und alle kirchlichen Ebenen sich verstärkt auf den Dialog einlassen, indem sie

- Räume für echtes Wahrnehmen öffnen
- verstärkt die Perspektive der anderen Seite einnehmen und die Möglichkeit zu Betriebsbesuchen nutzen (den „Seitenwechsel“ wagen)
- in der Seelsorge verstärkt die spezifischen Belastungen von Arbeitnehmern, Arbeitsuchenden und Unternehmer wahrnehmen
- die Arbeitswelt in Predigten und Andachten thematisieren
- präsent sind in und nach Krisen (Beispiel Quelle)

Zudem steht jeder Christ persönlich in der Verantwortung, nach ethischen Gesichtspunkten und gemäß dem Wort des Propheten Jesaja zu handeln: dem Hungrigen sein Brot zu brechen und dem Elenden Obdach zu gewähren.

Das Bibelwort aus Jesaja ist eine Orientierungshilfe für diese Begegnungen. Wir regen daher an, es als Leitmotiv zu verstehen und im Lichte der Erfahrungen immer wieder neu zu durchdenken und zu verstehen. Es schließt mit einer Verheißung, die in Zeiten der Krise neue Hoffnung gibt und Mut macht: *„Und es soll durch dich wieder aufgebaut werden, was lange wüst gelegen hat, und du wirst wieder aufrichten, was vor Zeiten gegründet ward.“* (Jesaja 58,12)“

München, 26. November 2009
Johannes Minkus, Pressesprecher